

## Antrag

der Fraktion der CDU

### Kampfmittelbeseitigungskonzept für das Land Brandenburg

**Der Landtag möge beschließen:**

#### 1. Kampfmittelbeseitigungskonzept

Die Landesregierung wird aufgefordert, ein landesweites Kampfmittelbeseitigungskonzept zu erarbeiten. Es soll insbesondere eine Prioritätenliste und einen konkreten Zeitplan der zu sondierenden Kampfmittelverdachtsflächen enthalten und sicherstellen, dass keine Bürgerinnen und Bürger des Landes Brandenburg durch selbstdetonierende Blindgänger zu Schaden kommen.

#### 2. Aufhebung Haushaltssperre

Die Landesregierung wird aufgefordert, den Etat für die Kampfmittelbeseitigung im Land Brandenburg, der von der Haushaltssperre betroffen ist, freizugeben, damit die Kampfmittelbeseitigung insbesondere in der stark betroffenen Stadt Oranienburg weiter fortgeführt werden kann.

**Begründung:**

Das Land Brandenburg ist durch die Kampfhandlungen gegen Ende des zweiten Weltkrieges mit insgesamt rund 400.000 Hektar Kampfmittelverdachtsfläche das Bundesland mit der stärksten Munitionsbelastung. Selbst im Jahr 2010 ist eine vollständige Erkundung der betroffenen Flächen noch nicht erfolgt. Im ganzen Land Brandenburg werden fast täglich bei Bau- und Erdarbeiten neue Bomben entdeckt. Einige Städte und Regionen sind von den Bomben- und Munitionsfunden stärker betroffen als andere. Einige Bomben stellen aufgrund der verwendeten Zündmechanismen und drohenden Selbstdetonationen eine besondere Gefahr dar.

Die Landesregierung und die betroffenen Kommunen haben in den vergangenen 20 Jahren stets Mittel zur Verfügung gestellt, um die lauernde Gefahr im Boden zu sondieren, freizulegen und zu bergen.

Datum des Eingangs: 22.06.2010 / Ausgegeben: 22.06.2010

Im Haushalt 2010 wurden von der Landesregierung nur 6,5 Millionen Euro zur Kampfmittelbeseitigung zur Verfügung gestellt. In der vergangenen Wahlperiode wurde vorgeschlagen, für dieses Haushaltjahr im entsprechenden Haushaltstitel 25 Millionen Euro für die Kampfmittelbeseitigung in der Stadt Oranienburg einzustellen. Durch die momentane Haushaltshaltssperre werden die derzeitig eingeplanten Mittel um weitere 1,3 Millionen Euro gekürzt, die dringend benötigt werden, um die Bombensituation in Oranienburg zu entschärfen.

Potsdam, den

Dieter Dombrowski  
für die Fraktion der CDU